

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2012 und 2013****Soziokulturelle Einrichtungen retten**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	31	Arbeit
Produktbereich:	31.01	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm
Produktgruppe:	31.01.01	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2012 von 18 709 T€ um 5 000 T€ auf 23 709 T€ erhöht.

Der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2013 von 18 779 T€ um 5 000 T€ auf 23 779 T€ erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	03	Arbeit
Kapitel:	0305	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)
Titel (neu):	684 23-6	Mittel für öffentlich geförderte Beschäftigung in Bremen und Bremerhaven

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2012 von 5 000 000 € eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2013 von 5 000 000 € eingestellt.

Erläuterung

Durch die „Reform“ der arbeitsmarktpolitischen Instrumente des Bundes zur Förderung öffentlicher Beschäftigung werden für Bremen Zuschüsse in Höhe von rund 7 Mio. € gekürzt. Betroffen sind u. a. viele soziale und kulturelle Einrichtungen, die bislang durch Zuweisung von „Arbeit“ gefördert wurden. Die hier eingestellten Mittel sollen für die Initiativen zur Finanzierung oder Kofinanzierung von sozialversicherungspflichtigen Stellen dienen, um den Weiterbetrieb zu gewährleisten.

Klaus-Rainer Rupp,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE